

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM LANDKREIS MAINZ-BINGEN

WAHLPROGRAMM

Wahlperiode 2024 - 2029

(Kommunal- und Europawahl)



Redaktion:
Kreisverband Mainz-Bingen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frauenlobstraße 59-61, 55118 Mainz

Editoren: Silke Dietz, Rainer Malkewitz

INHALT

Hier und heute, mitten in Europa.	2
Ja zu Europa, ja zur Demokratie!	3
Was uns GRÜNE in Mainz-Bingen antreibt	3
Unsere Haltung zur Kommunalpolitik	4
Miteinander leben	5
Integration fördern	5
Bürgerschaftlich engagiert: Ehrenamt und Vereinsarbeit	5
Gesundheit und Pflege sicherstellen	6
Armut abmildern.....	6
Familie und Beruf verbinden	6
Inklusion verwirklichen	7
Lebensraum Wohnung	7
Wohnraum bezahlbar und nachhaltig machen	7
Für die Menschen planen	8
Mobil bleiben	9
Neue Ziele setzen.....	9
Angebote verbinden	10
Bus & Bahn ausbauen.....	10
Bildung und Kultur	11
Bildung für alle.....	11
Schulen und KiTa weiterentwickeln.....	11
Jugend fördern und stärken	12
Kultur erlebbar machen	13
Energie und Wärme	14
Ressourcen schützen	14
Energiewende beschleunigen	14
Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz	16
Landwirtschaft fördern und verändern	16
Mehr Flächen renaturieren	16
Regionale Wirtschaft und kommunale Finanzen	18
Wirtschaft nachhaltiger machen	18
Den Standort fördern.....	18
Ausbildung stärken & Fachkräfte werben	19
Öffentliche Finanzen	19

Ist die **Europa-Wahl** wirklich wichtig?

Und: Hat das **Europa-Parlament** wirklich etwas zu entscheiden?

Die sehr einfache Antwort auf beide Fragen lautet: **Ja!**

JA ZU EUROPA, JA ZUR DEMOKRATIE!

Hierzu nur ein ganz kurzer Blick in die Geschichte: Viele hundert Jahre lang war Europa der Boden für nationalistische Egoismen, toxischen Streit, blutige Kriege und Ausbeutung der Armen. Hier in Europa lag auch der Ursprung des globalen und zutiefst rassistischen Kolonialismus, der bis heute nachwirkt.



Dass Vieles davon heute ganz anders ist, hat einen guten Grund: Die europäische Nachkriegsordnung und die friedliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten in der EWG und später in der Europäischen Union (EU). Erst diese Gemeinschaft hat den Menschen auch hier, in unserem Landkreis bei Mainz, eine lange Zeitspanne des Friedens und allgemeinen Wohlstands gebracht.

Wir GRÜNE sind überzeugt: Frieden und gute Lebenschancen für alle gibt es auch in Zukunft nur in einem **vereinten, starken und demokratischen Europa**. Als Europäer*innen wollen wir dafür unseren Beitrag leisten. Denn wir dürfen nicht vergessen:

Dieser große europäische Erfolg muss fortgeführt werden! Ganz aktuell wird der Frieden in Europa erneut bedroht - wieder einmal im Inneren durch rechten Nationalismus, von außen durch gewaltbereite Autokraten und weltweit durch Populismus und Extremismus. Als GRÜNE treten wir deshalb gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien jedem Extremismus entschieden entgegen. Wir werben für **Europa als erfolgreiche Idee** und für seine demokratischen Institutionen und Errungenschaften als Garanten für Frieden, Freiheit und guten Lebensstandard!

GRÜN macht den Unterschied. Denn für uns gilt in Europa wie in der Kommunalpolitik das Motto unserer bundesweiten Kampagne: **Machen, was zählt!**

WAS UNS GRÜNE IN MAINZ-BINGEN ANTREIBT

Warum machen wir **Kommunalpolitik**?

Wir GRÜNE wollen mit Mut zur Veränderung und guter Zuversicht die Zukunft unserer Region mitgestalten. Dafür setzen wir uns klare Ziele und machen sie in diesem **Wahlprogramm** öffentlich. Denn menschengemachte Probleme können auch von Menschen gelöst werden. Und wo das nicht direkt möglich ist (Beispiel Artensterben), müssen die Auswirkungen reduziert werden.

Die gesamte Umwelt, in der wir alle leben und arbeiten, und ebenso unsere ganz individuellen, persönlichen Lebensumstände verändern sich fortlaufend. Nur durch ein **demokratisch legitimiertes Handeln** von Lösungen können wir als kommunalpolitisch Verantwortliche diese Prozesse wirksam steuern, begleiten und zu guten Ergebnissen kommen. Und genau deswegen stellen wir GRÜNE uns zur Wahl und werben um Stimmen der Wähler*innen:

- Weil auch globale oder europäische Probleme bereits im Kleinen, also in den Kommunen, angegangen werden müssen. Hierzu wollen wir einen Beitrag leisten.

- Weil es hier und jetzt um nicht weniger als die Zukunft unseres einzigen Planeten geht.
- Weil die **Lebenschancen** unserer Kinder, Enkel und zukünftiger Generationen heute auf dem Spiel stehen.

UNSERE HALTUNG ZUR KOMMUNALPOLITIK

Wir GRÜNE nehmen alle Bürger*innen ernst: Die Sorgen der Menschen, ihre Themen und ihre Kritik nehmen wir ebenso deutlich wahr wie die „objektiven“ Gefahren durch die Folgen des Klimawandels und andere globale oder regionale Krisen. Einige unserer Haltungen sind:

- Die Rolle der gewählten Vertreter*innen schätzen wir hoch ein: Lokales Handeln ist ein grundlegender Faktor für globalen Erfolg, besonders beim Thema Klimawandel. Ehrenamtliche **Politiker*innen** aller Parteien leisten in kommunalen Gremien viel und sie verdienen dafür unseren Respekt. Öffentliche Schmähungen oder Beleidigungen, gerade in sozialen Medien, sind absolut tabu!
 - In der Kommunalpolitik wie überall gilt: **Hass** und **Hetze** gegen andere haben bei uns keinen Platz. Wir sind eine Partei, die für den zivilisierten Dialog steht.
- Unser Respekt gilt ebenso den **Landwirt*innen**, **Winzer*innen** und **Handwerker*innen**:
 - Als lokal Produzierende und ortskundige Dienstleister*innen sind sie wichtige Problemlöser*innen vor Ort und ganz dicht bei den Menschen.
 - Wir haben Verständnis für ihre Sorgen und treten für eine Agrarpolitik ein, die die Interessen der Landwirtschaft ebenso berücksichtigt wie die Belange des Natur- und Artenschutzes.
- Wir begrüßen **interkommunale Kooperationen** und Zusammenschlüsse. Das gelegentlich noch vorhandene „örtliche Kirchturmdenken“ lehnen wir ab. Im Vordergrund jeder Entscheidung sollte stets das Wohl aller Bürger*innen und der Erhalt der Lebensgrundlagen stehen. Bei der Lösungssuche gilt deshalb bei uns GRÜNEN: Bitte immer auch die Interessen der Nachbarn mitdenken.
- Die sogenannte „**kommunale Familie**“ ist nicht teilbar:
 - Die Ortsgemeinden und ihre Verbandsgemeinden, die Städte und der Landkreis haben ein gesetzlich festgelegtes System der Aufgabenverteilung. Alle Akteure nehmen ihre Aufgaben nach bestem Wissen wahr; gegenseitige Schuldzuweisungen halten wir dabei für wenig hilfreich.
 - Wir fordern für alle kommunalen Ebenen, dass der kommunalen Selbstverwaltung der notwendige **finanzielle Spielraum** gegeben wird, damit die Kommunen ihre Aufgaben im guten demokratischen Sinn zufriedenstellend erfüllen können. Alle sogenannten freiwilligen Leistungen herunterzufahren ist definitiv keine passende Antwort auf ein unterfinanziertes System.
- Wir GRÜNE setzen uns für die Weiterentwicklung der kommunalen Verwaltung ein, um die Bürger*innen zu fördern und attraktive Arbeitsplätze zu schaffen:
 - **Digitale Verfahren** sind nicht automatisch bürgerfreundlich. Sie sollen Prozesse effektiver und schneller machen. Und sie bieten grundsätzlich die Chance, dabei auch sprachliche, kulturelle und kognitive Barrieren abzubauen. Hierfür setzen wir uns auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene ein.
 - Nur eine wirklich gelungene **Digitalisierung** entlastet die Verwaltung und ihre Kund*innen von Routineaufgaben. Sie darf keinesfalls dazu führen, einfach immer mehr Daten zu erheben und Verfahren komplizierter zu machen.
 - **Bürgerfreundlich** heißt für uns: transparente Entscheidungen, eine wohlwollende Haltung und eine freundliche Atmosphäre im persönlichen Kontakt.
 - **Bürokratie-Abbau** heißt: Die Vorschriften zu Verfahren der Verwaltung vereinfachen, Ermessensspielräume schaffen und diese wohlwollend nutzen.
 - Kommunale Verwaltungen und Betriebe sind **Arbeitgeber*innen**: Wir begrüßen Initiativen, die flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle und mobiles Arbeiten in den Verwaltungen ermöglichen.

MITEINANDER LEBEN

Jeder Mensch muss die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben: Kinder und Jugendliche, Alte und Junge, Menschen mit oder ohne Migrationsgeschichte, Menschen mit und ohne Beeinträchtigung und Menschen mit unterschiedlichen Geschlechteridentitäten und -orientierungen. Niemand darf sozial benachteiligt und ins Abseits gedrängt werden.

Ein gesundes, gewaltfreies Aufwachsen von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind uns sehr wichtig. Ebenso sind wir für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und für gelingende Integration von Migrant*innen und Geflüchteten.

INTEGRATION FÖRDERN

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik stehen wir auch in den nächsten Jahren vor großen Aufgaben. Unser Ziel ist, die Integrationsarbeit für geflüchtete Menschen weiterzuführen:

- Ausreichend personelle, finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration zugewanderter Menschen;
- Die Ausweitung des Angebots von Beratung, von Sprachkursen und Integrationsangeboten durch Kooperation mit der Kreisvolkshochschule;
- Bildungsprogramme und Maßnahmen zur Förderung von Anti-Rassismus sowie der Aufklärung über verbreitete menschenfeindliche Ideologien (z.B. Frauenverachtung, Homo- und Transfeindlichkeit);
- Mitarbeitende in Jobcenter, Ausländerbehörde und Jugendamt müssen dabei unterstützt werden, die Würde der Hilfesuchenden jederzeit zu achten. Dazu zählen auch eine ausreichende Personalausstattung und Fortbildungen zum Thema Integration;
- Eine Vielsprachigkeit (ggf. KI-unterstützt) von Informationen und Formularen.
- Bei absehbarer oder rechtskräftig festgestellter Rückkehrpflicht auf Rückkehrprogramme setzen und durch Beratung auf die freiwillige Rückkehr hinwirken.



BÜRGERSCHAFTLICH ENGAGIERT: EHRENAMT UND VEREINSARBEIT

Demokratie lebt vom Mitmachen! Viele Bürger*innen im Landkreis bringen sich in unseren Gemeinden vielfältig ein: In Vereinen, beim Sport, in Elternbeiräten, in kommunalen Gremien, in der sozialen Fürsorge, in Community-Angeboten, in der Flüchtlingsbetreuung, in Umweltverbänden oder Kulturinitiativen. Wir GRÜNE fordern und unterstützen:

- Das Ehrenamt anerkennen und Anreize stärken, z.B. Ehrenamtskarte aufwerten durch Angebote des Landkreises (z.B. Rabatte für Angebote der KVHS);
- Mindestens eine volle hauptamtliche Stelle im Landkreis, um Initiativen zu beraten und zu vernetzen (derzeit nur halbe Stelle);
- Die wichtigsten Förderprogramme für Sportstätten, Vereine und Ehrenamt weiterentwickeln;
- Die Vereine besser als bisher beraten und unterstützen (z.B. zu Versicherungs-, und Vereinsrecht, Datenschutz, Digitalisierung, Fördergeldern, Einsatz von Bundesfreiwilligen);
- Vereine, Kita, Schulen und auch Kirchen müssen gestärkt werden, um gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder in der Gesellschaft aktiv zu werden. Kommunale Einrichtungen und Initiativen sollten sich an der Kampagne „Schieb deine Verantwortung nicht weg“ (siehe: nicht-wegschieben.de) der Bundesmissbrauchsbeauftragten beteiligen;

- Beratungs- und Community-Angebote für queere Menschen besser unterstützen;
- Bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie bei Teilnahme an Sitzungen von Gemeinderat, Stadtrat, VG-Rat und Kreistag, z.B. durch online Sitzungen und Erstattung von Kosten für Kinderbetreuung;
- Mehr Transparenz bei den kommunalen Behörden durch bessere digitale Angebote. Öffentliche Dokumente sollen digital einsehbar, leicht lesbar und leicht zu finden sein.

GESUNDHEIT UND PFLEGE SICHERSTELLEN

Es ist wichtig, eine flächendeckende **medizinische Versorgung** aufrecht zu erhalten, auch in Anbetracht des demografischen Wandels. Es muss sichergestellt sein, dass eine zeitnahe und bedarfsgerechte Versorgung von Notfällen gewährleistet ist. Zusätzlich fordern wir:

- Die gleichmäßigere Verteilung der **Notarztstandorte** im gesamten Rettungsdienstbezirk;
- Der Pflegestrukturplan des Landkreises muss fortgeschrieben werden;
- Die **Rettungswachen** sollen die benötigte Ausstattung nach heutigem Stand erhalten;
- Standortsicherung des Krankenhauses in Bingen;
- Die **Hebammenzentrale** soll weiter finanziert werden;
- Die Verbesserung der kinderärztlichen Versorgung; hierfür müssen auch Niederlassungsbeschränkungen aufgehoben werden;
- Die Ausbildungszahlen von **Pflegefachkräften** an kreiseigenen Schulen sollen gesteigert werden.

ARMUT ABMILDERN

Armut hat vielfältige schlechte Auswirkungen. Sie bedroht vor allem die **Chancen von Kindern** aus armen Familien. Auch Menschen ohne Ausbildung, Geringverdienende in Rente, Alleinerziehende sowie Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Beeinträchtigungen sind häufig von Armut betroffen. Ihnen drohen Schuldenanstieg und Obdachlosigkeit, ihre Gesundheit ist stärker gefährdet; all das ist statistisch gut belegt. Um die negativen Auswirkungen abzumildern, fordern wir GRÜNE:

- Ein ausreichendes Niveau der staatlichen Hilfen,
- **Schulsozialarbeit** an allen Schulen,
- Finanzielle Unterstützung der **Schuldenberatungen** durch den Landkreis,
- Unterstützung der Herberge für Nichtsesshafte, der freien **Obdachloseninitiativen**, der Tafeln und vergleichbaren Einrichtungen.

FAMILIE UND BERUF VERBINDEN

Über den konsequenten Ausbau von KiTa-Plätzen wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichergestellt. Darüber hinaus sind zur Sicherung des sozialen Friedens jedoch vielfältige Angebote und Maßnahmen wichtig:

- **Familienzentren** ermöglichen Integration und Inklusion und müssen gefördert werden.
- präventive Familien- und Jugendarbeit, aufsuchende **Sozialarbeit** und Hilfe für Familien;
- die weitere Finanzierung des **Frauennotrufes** muss sichergestellt werden;
- die Gründung eines zusätzlichen **Frauenhauses** im Landkreis;
- Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt durch effektivere Präventionsarbeit;
- anonymisierte Bewerbungen schaffen in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben einen gerechten Zugang zu Arbeitsplätzen, weil Rückschlüsse auf die Person der Bewerberin oder des Bewerbers erschwert werden. Qualifikation und Erfahrung stehen somit im Vordergrund und sind entscheidend;
- Fördergelder sollen auch an Maßstäbe wie Gleichberechtigung, Integration und Inklusion gebunden sein;
- die Vereinbarkeit von **Familie und Ehrenamt** durch z.B. hybride Rats- und Ausschuss-Sitzungen und Kinderbetreuung verbessert die Teilnahme an demokratischen Strukturen.

INKLUSION VERWIRKLICHEN

Inklusion bedeutet: In allen Lebensbereichen Teilhabe ermöglichen und Ausgrenzung verhindern.

Daher heißt Inklusion für uns, dass wir uns konsequent auch für die Belange von Menschen mit Beeinträchtigung einsetzen:

- Eine „**Fachstelle Inklusion**“ für den Bereich Bildung soll eingerichtet werden. Diese unterstützt Familien ebenso wie die Fachkräfte und Lehrer*innen an KiTa und Schulen.
- Die Mitarbeitenden in der Kreisverwaltung sollten regelmäßig zur aktuellen Rechtslage (z.B. in der **Jugendhilfe**) geschult und bei der Umsetzung unterstützt werden.
- Sichtbare und unsichtbare Barrieren müssen weiter abgebaut werden. Hindernisse bestehen im Nahverkehr, bei Gebäuden und Außenanlagen. Es gibt noch viele kommunikative Barrieren (Druckmedien, Internet-Angebote) und auch Barrieren in der sozialen Teilhabe. Idealziel ist hier, der erste **barrierefreie Landkreis** zu werden.
- Angebote zur sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe sollen gestärkt werden. Zugang zu Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt und in **Integrationsbetrieben**, geförderte Ausbildungsplätze und vereinfachte Teilnahme an kulturellen und sportlichen Angeboten, auch durch Fahrdienste für Behinderte.

LEBENSRAUM WOHNUNG

WOHNRAUM BEZAHLBAR UND NACHHALTIG MACHEN

Wir GRÜNE setzen uns ein für ein lebenswertes Wohnen im Landkreis Mainz-Bingen.

Unser Landkreis Mainz-Bingen bietet mit dem „Arbeitgeber-Dreieck“ Mainz-Wiesbaden-Frankfurt besonders für Berufspendler*innen viele attraktive **Arbeitsplätze**. In Verbindung mit seiner offenen Landschaft und bodenständigen Kultur ist Wohnraum im Landkreis Mainz-Bingen sehr begehrt. Daher findet am Markt oft eine **Verdrängung über den Preis** statt.

Gleichzeitig wird die Ressource Bauland knapper und somit teurer. Zum Teil geschieht dies aus guten Gründen, denn die **Neu-Versiegelung** von Flächen soll kontinuierlich weiter vermindert werden. Ein „Nur-das-Geld-entscheidet“ darf es aber nicht geben. Eine der wichtigsten Fragen lautet deshalb heute:



Wie schaffen wir gleichermaßen **nachhaltigen, bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum** für alle Menschen, die hier leben wollen?

Die Änderung der Musterbauordnung durch die Bauministerkonferenz schafft hier Möglichkeiten, den dringend benötigten Wohnraum auch durch den Umbau und die Umnutzung von Gebäuden zu erreichen. Unsere Ziele hierzu sind:

- Die geplante Änderung der Landesbauordnung soll landesweit den Um- und Ausbau von **Bestandsgebäuden** erleichtern.
 - Nachhaltiges Sanieren, Umbauen und Umnutzen (z.B. Gewerbeflächen zu Wohnraum) schont Ressourcen und belebt gleichzeitig Innenstädte und Dorfkerne. Eine Sanierung braucht Vorrang vor Abriss und Neubau.

- Wir setzen uns ein für die Schaffung von lebenswerten Quartieren, in denen **altersgerechtes und barrierefreies Wohnen** die Regel wird.
 - Wir unterstützen deshalb alternative Wohnformen und -projekte, wie zum Beispiel Mehr- generationen-Wohnen, Wohngenossenschaften und Alters-WG.
- Eine Quote für Etagenbau mit **Mietwohnungen** soll Pflicht für alle neuen Gebiete werden.
 - Auch **sozialer Wohnungsbau** muss eine schnelle Renaissance erleben. Hier sind die Kom- munen gefordert, stärker mit dem Landkreis zusammenzuarbeiten
 - Das Ziel des **klimaneutralen und klimaresistenten Gebäudes** soll in Regelwerke und kom- munale Pläne aufgenommen werden.

Hierbei muss der Landkreis die Kommunen als Wohnraum-Verantwortliche und Bebauungsplaner vielfältig motivieren und unterstützen:

- Mit seiner **Kreis-Wohnungsbau-Gesellschaft (KWBG)**
 - als organisatorischer Rahmengerber für die Projektentwicklung,
 - als Expertise-Geber und Berater,
 - als Dienstleister für Mietwohnungsbestände.
- Mit **Beratungsangeboten** für die Kommunen
 - über den Landerwerb und die Möglichkeiten der Eigennutzung,
 - über Vermarktungsmöglichkeiten mit genauen Auflagen, wie zum Beispiel das Einführen des Ulmer-/ Wiener Modells in den Kommunen,
 - zu kommunalen Erbpachtmodellen,
 - zur Schaffung von Wohnraum für kommunale Angestellte.
- Beratung zur Kooperation mit Firmen zur Schaffung von **Dienstwohnungen**.
- Förderprogramme und Beratung für private Initiativen, **Genossenschaften** und Vereine, die Wohn- raum schaffen wollen.
- Die Einführung einer kreisweiten kommunalen **Tauschbörse** „zu groß/zu klein gegen pas- send“ kann helfen, Fehlbelegungen großer Wohnungen und Häuser zu reduzieren.

FÜR DIE MENSCHEN PLANEN

Welche Wohn- und Baugebiete wollen wir in Zukunft? Wir setzen uns für mehr Vielfalt bei geplanten Wohnformen ein.

Wichtig ist uns GRÜNEN, bei allen kommen- den Maßnahmen die Menschen vor Ort mit ih- ren Initiativen und Ideen bei neuen Planungen bestmöglich einzubeziehen. **Klimaschutz** und **Klima-Resilienz** sind bei allen geplanten Pro- jekten als priorisierte Ziele zu berücksichti- gen und entsprechende Maßnahmen in den Bebauungs-Plänen festzuschreiben.



- Alte und neue Quartiere müssen den zu- künftigen Bedarf der dort lebenden Familien (und auch Singles) nach kommunaler **Infrastruktur** abdecken. Hierzu zählen als Beispiele
 - Schulen und gute KiTa,
 - Ortszentren und Plätze mit gesteigerter Aufenthaltsqualität,
 - Einkaufsmärkte, Apotheken und Ärzte,
 - Vereine und örtliche Freizeit-, Kultur- und Sportangebote.
- Eine oft einseitige Fixierung der Kommunen auf **Umlage-Vorteile** muss beendet werden.
 - „**Gewinne**“ aus **Baugebieten** dürfen nicht länger zur Finanzierung von Basisaufgaben miss- braucht werden.

- Auf ein auskömmliches Steueraufkommen muss geachtet werden. Eine niedrige **Grundsteuer** für „Altbesitzer“ auf Kosten neuer Baugebiete ist der falsche Weg.
- Stattdessen soll in den Bebauungs-Plänen mehr Gewicht darauf liegen, Ressourcen zu schonen und soziale Aspekte zu berücksichtigen.
 - Grundstücke für Mietwohnungen (**Etagenbau**) müssen mitgeplant werden.
 - Der **Flächenverbrauch** pro Wohneinheit muss kleiner werden.
 - Konversionsflächen und Nachverdichtung vermindern den Flächenbedarf.
 - Fehlnutzungsabgaben bei längeren Leerständen halten wir für zumutbar.
 - Eine CO₂-reduzierte Bauweise (z.B. **Holz statt Beton**) sollte bevorzugt werden.
 - Eine kommunale **Wärmeversorgung** muss mitgeplant werden; Vorrang haben Nahwärme-Systeme oder Passivhaus-Bauweise bzw. Energie-Plus-Häuser.
- Um all dies zu erreichen, ist ein systemisches Verständnis der Planung und das Wissen um zeitgemäße Alternativen zu herkömmlichen Methoden bei den Planern erforderlich. Deshalb fordern wir
 - Regelmäßige **Fortbildung** der Mitarbeitenden der Baubehörden zu innovativen Themen,
 - Auswahl der Planungsbüros anhand ihrer Erfahrung ressourcenschonender Planung,
 - Regelmäßige Begutachtung der Bebauungs-Planentwürfe durch unabhängige Expert*innen (z.B. Öko-Institute).

MOBIL BLEIBEN

Mobilität ist heute ein gesellschaftliches Grundbedürfnis. In unserem Landkreis ist eine Mehrheit der Menschen auf motorisierte Verkehrsmittel und ein gutes Wege- und Straßennetz angewiesen.

Eine Folge davon ist, Stand heute: Der Anteil des Verkehrssektors am gesamten **CO₂-Abdruck** unseres Landkreises beträgt derzeit **alarmierende 40%** und ist damit sogar dem Bedarf an Heizwärme ebenbürtig. Wie können wir davon schrittweise wegkommen?

NEUE ZIELE SETZEN

Möglichst bald brauchen wir zwingend eine **Alltagsmobilität**, die nachhaltig, barrierefrei und gut vernetzt ist. Wir GRÜNE sind uns sicher: Verbesserte Alternativen zum motorisierten Individualverkehr schonen nicht nur das Weltklima, sondern steigern zusätzlich die **Lebensqualität** in unseren Dörfern und Städten. Hierzu sind Innovationen dringend gefordert.



- Das große Ziel lautet daher: Eine verbesserte Mobilität mit einem geringeren Verkehrsaufkommen erreichen. Anders gesagt: Qualität erhöhen und Quantität senken.
- Hierfür streben wir ein besser ausgebautes **Fuß- und Radwegenetz** an. Dies gilt innerhalb unserer Orte und auch für Verbindungen zwischen den bebauten Gemeindeflächen.
- Den bereits heute attraktiven **Nahverkehr** mit Bussen und Bahnen wollen wir weiter ausbauen und mit bedarfsorientierten Angeboten viele **neue Fahrgäste** gewinnen.
 - Regionale **Bahnlinien**, wie z.B. Mainz-Alzey, sollen langfristig zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden.
- Auch unsere **Rheinfähren** sehen wir als Bestandteil der öffentlichen Verkehrs-Verbindungen und wollen das Angebot dieser klimafreundlichen Rhein-Querungen ausweiten (Stichwort: Abend- und Nachtbetrieb, Kapazitäten, Nachlässe für Nahverkehr ausbauen). Klar ist auch:
 - Einen **Neubau von Autobridgen** halten wir für **unnötig** und nicht mehr zeitgemäß.
 - Alternativen Querungen (z.B. Seilbahnen) stehen wir grundsätzlich offen gegenüber, sofern ein ausreichender Bedarf für den Alltagsverkehr nachgewiesen werden kann. Solche Projekte müssen jeweils im Einzelfall kritisch geprüft werden.

- Ein beständiger Trend im Verkehr: Der motorisierte Verkehr wird sich mittelfristig zum großen Teil auf **Elektro-Antrieb** umstellen. Dazu braucht es flächendeckend private, aber auch genügend öffentliche oder öffentlich zugängliche **Ladestationen** im Landkreis.
- Wir GRÜNEN unterstützen die bundesweite Kampagne der Bundesvereinigung gegen **Fluglärm "Minus20bis2030"**, die sich aus Klima- und Lärmschutzgründen für eine Reduzierung der Flugbewegungen um 20% bis 2030 einsetzt.
- Wir setzen uns auch dafür ein, dass für Schlafräume in den am stärksten betroffenen Gemeinden Zuschüsse zum Einbau von Lärmschutzfenstern ermöglicht werden.
- Wir fordern eine aussagefähige, kontinuierliche Messung der **Ultrafeinstaub- und Stickoxid-Belastung** durch den Frankfurter Flughafen auf dem Gebiet des Landkreises Mainz-Bingen.

ANGEBOTE VERBINDEN

Für welche Mobilität sich Menschen in bestimmten Situationen entscheiden, ist stark von den persönlichen Gewohnheiten abhängig - aber eben auch vom jeweiligen Angebot. Daher brauchen wir gute und alltagstaugliche Alternativen zum Auto. In einem innovativen, erreichbaren, finanziell attraktiven **Verkehrsverbund** sollen auch neue Mobilitätsformen erprobt und eingeführt werden. Beispiele sind:

- **Mobilitätsstationen** an Bus- und Bahnhöfen mit gesicherten **Radabstellplätzen**, Parkplätzen, Ladestationen und Leihangeboten. An diesen Knotenpunkten lassen sich Rad, Bus, Bahn und das Auto komfortabel miteinander kombinieren.
- **Car-Sharing** in der Gemeinschaft (kommunal organisiert oder privat, z.B. im Wohnumfeld) erspart allen Teilnehmenden Geld und schont globale Ressourcen. Vorbild kann hier das erfolgreiche „Elektro-Dorfauto-Projekt“ des benachbarten Rhein-Hunsrück-Kreises sein.
- Auch **Fahrgemeinschaften** sind, zumindest als Übergangslösung, ein bewährtes Mittel; Park-and-Ride Plätze müssen vielerorts ausgebaut werden, weil die Kapazitäten nicht ausreichen. Hier ergänzen sichere **Fahrradabstellanlagen** das Angebot für Tages-Pendler.
- Dynamische digitale Buchungs-Lösungen und **Apps**, um auch unterwegs flexibel zu sein.
- **Bürgerbusse** und **Anrufsammeltaxis** können als bedarfsgesteuerte Ergänzungen im ÖPNV dienen, sofern sie einfach zu buchen und ohne großen Vorlauf verfügbar sind.
- Auch weiteren innovativen Ansätzen (wie On-Demand-Verkehr oder autonomem Fahren) stehen wir offen gegenüber.



BUS & BAHN AUSBAUEN

Wir GRÜNE sind sicher: Unser Landkreis benötigt **keinen Neubau** von Straßentrassen oder neue Autobahnanschlüsse, um die Bedingungen für unsere Mobilität zu verbessern. Vorhandene Verkehrsflächen wollen wir aber „gerechter“ zwischen den verschiedenen Bewegungsformen aufteilen und die vorhandene Infrastruktur optimieren:

- Auf Gemeinde- und Kreisstraßen können mit der **Experimentierklausel** der StVO neue verkehrssteuernde Maßnahmen ausprobiert werden. Markierungen von Radstreifen oder Piktogramme innerhalb und außerhalb bebauter Gemeindeflächen sind Beispiele. Hiervon sollte mutiger Gebrauch gemacht werden.
- Der **Busverkehr** wurde mit der Gründung der kommunalen Nahverkehrsgesellschaft **KRN** deutlich ausgebaut. Dies wollen wir erhalten. Insbesondere die Versorgung in den **Abendstunden** und an den **Wochenenden** wollen wir weiter stärken.
- Die bereits geplante schrittweise Umstellung der Flotte auf **Elektrobusse** unterstützen wir.
- Das **Deutschland-Ticket** ist überall im Land ein Erfolgsmodell. Wir setzen uns dafür ein, dass dessen Nutzung auch auf die **Rheinfähren** ausgeweitet wird.
- Für all jene, die nicht mit den Deutschland-Ticket unterwegs sind, bildet das veraltete **Wabensystem** ein kompliziertes Tarifiedickicht und schreckt potenzielle neue Fahrgäste ab. Wir setzen uns daher für ein modernes automatisiertes **Abrechnungssystem** ein, zum Beispiel anhand der zurückgelegten Entfernungen oder Fahrzeiten.
- Das **Alltagsradwegekonzept** wollen wir weiterentwickeln und die Gemeinden bei der Umsetzung besser unterstützen.
- Die vermehrte Nutzung von **Lastenrädern** und **Pedelecs** wollen wir in die weiteren Planungen und Umsetzungen einbeziehen und fördern.
- Durchgängige und sichere Radwege, besonders in Richtung der **Stadt Mainz** und zwischen den Mittelzentren, haben die oberste Priorität. In diese Kategorie gehören als Leuchtturmprojekt auch schnelle Radrouten und **Radschnellwege** auf den Achsen **Mainz-Worms** sowie **Mainz-Alzey** (über Nieder-Olm und Wörrstadt).

BILDUNG UND KULTUR

BILDUNG FÜR ALLE

GRÜNE Bildungspolitik steht für **Gerechtigkeit** und **Vielfalt** von Anfang an. Wir stellen deshalb die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Mittelpunkt unserer Politik.

Denn Bildungsgerechtigkeit bedeutet, dass alle jungen Menschen ein Recht haben auf gleiche Start-Chancen für ein selbstbestimmtes Leben und die **aktive Teilhabe** an unserer Gesellschaft.

Wir GRÜNE setzen deshalb auf ein weiterhin gebührenfreies und staatlich organisiertes Bildungsangebot für alle. Unser Ziel lautet:

Der **Bildungserfolg** eines Kindes von heute muss unabhängig werden von seiner Herkunft, der Einkommensstärke seiner Familie, vom Wohnort, von seiner Religionszugehörigkeit, seiner Gender-Identität oder einer möglichen Behinderung.

Als **Trägerin** der KiTa und Schulen liegt dieses Ziel auch in der Verantwortung unserer Gemeinden, Städte und Landkreise.

Hierzu ein aktuelles Beispiel: Der kommende Rechtsanspruch auf **Ganztagsbetreuung** in der frühkindlichen Bildung und für alle Grundschul Kinder (gültig ab dem 01.08.2026) soll eines unserer bildungs- und familienpolitischen Ziele verwirklichen. Dafür ist es zunächst wichtig, dass alle Gemeinden, Landkreise und Städte kommende **Bedarfe** der jungen Familien erfassen und ernst nehmen. Gleichzeitig müssen jedoch auch entsprechende **Ressourcen** (Personal, Räume, Geld) beschafft und organisiert werden. Für diese zusätzliche Aufgabe der Jugendpflege ist laut Gesetz zunächst die Kreisverwaltung in der Verantwortung.

SCHULEN UND KITA WEITERENTWICKELN

- Wir fordern den qualitätsvollen Ausbau von **Ganztagsangeboten**, bei denen Unterricht, Erholungsphasen, selbstständiges Lernen und Bewegung über den ganzen Tag verteilt sind.
 - Hierzu gehört mittags ein **vollwertiges und gesundes Essen** (am liebsten frisch, regional und ökologisch angebaut und vor Ort zubereitet).

- Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau des Angebots an wohnortnahen **Integrierten Gesamtschulen (IGSn)** im Kreisgebiet ein; Realschulen plus können punktuell das Angebot sinnvoll ergänzen.
- Die Bedarfsplanung erfolgt in Abstimmung mit den Nachbarlandkreisen und der Stadt Mainz mit dem Ziel, ein breites und **wohnortnahes Schulangebot** mit Wahlmöglichkeiten bieten zu können.
- Die Beförderung mit **öffentlichen Verkehrsmitteln** muss pünktlich und verlässlich sein.
- Gute Schulen sind Lern- und Lebensorte, in denen auf Basis **pädagogisch** geprägter **Raumkonzepte** gerne und inklusiv gelernt und gelehrt wird.
- Daher machen wir uns auf Basis der neuen **Schulbaurichtlinien** für moderne, nachhaltige und klimaneutrale **Schulbauten** stark.
- Da uns die mentale Gesundheit von Schüler*innen besonders am Herzen liegt, setzen wir uns für den weiteren **Ausbau der Schulsozialarbeit** an allen Schulen im Landkreis ein.
- Das **Zusammenwirken von multiprofessionellen Teams** mit engem Bezug zu den Schulsozialarbeiter*innen muss als Bindeglied zwischen schulischen Anforderungen und den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen gefördert werden.
- Das rheinland-pfälzische Schulgesetz garantiert den **Eltern eine Wahlmöglichkeit** für den **Förderort** ihrer Kinder. Das bedeutet für unsere Kommunen:
 - Überall dort, wo die **Förderschulen** nachgefragt werden, ermöglicht der Landkreis als Schulträger angemessen ausgestattete Schulplätze.
 - Gleichzeitig bleibt die Umsetzung der **schulischen Inklusion** an den Regelschulen der zentrale Entwicklungs-Auftrag, der uns durch die **UN-Konvention** zu den Rechten von Menschen mit einer Behinderung vorgegeben ist.
 - Unser Landkreis entwickelt daher **alle weiterführenden Schulen** in seiner Trägerschaft hin zu **inklusiven Schulen** und fördert hierzu die Zusammenarbeit mit den Förderschulen. Gemeinsames Ziel der weiterführenden Schulen des Landkreises muss es sein, die Zahl der Jugendlichen mit einem berufsqualifizierenden Schulabschluss wieder zu erhöhen.
- Besonderes Augenmerk soll auf den Übergang von der Schule zum Beruf gelegt werden. Eine bessere **Berufsorientierung** in Kooperation mit regionalen Unternehmen, der HWK und der IHK soll einen höheren Stellenwert in den Schulen des Landkreises erhalten.
 - Für die schulischen **Praktikumsphasen** unterstützen wir eine engere Verzahnung von Schulen mit ansässigen Betrieben, Gewerbetreibenden und dem Handwerk.
- Besonderes Augenmerk soll auf eine höhere Attraktivität der **MINT-Berufe** für junge Frauen gelegt werden.
- Die **Digitalisierung** in Bildungseinrichtungen kann den Lernerfolg unterstützen: Schulen müssen digitale Angebote zum Unterrichten nutzen können. Die Schulträger (Kommunen und Landkreis) sind verantwortlich für die Bereitstellung von Geräten, für stabile Netzwerke und für technischen Support.
- Wir setzen uns für Weiterbildung und Erwachsenenbildung sowie für digitale Bildung aller Altersstufen insbesondere an den **Volkshochschulen (VHS)** ein.
- **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)** soll in allen Bildungseinrichtungen gefördert werden. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für eine verbesserte demokratische Beteiligung von Schüler*innen an kommunalen Entscheidungsprozessen ein.

JUGEND FÖRDERN UND STÄRKEN

Jugendliche sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Wir GRÜNE wollen allen Jugendlichen die gleichberechtigte Teilhabe an den sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft ermöglichen. Geben wir der Jugend im Land eine lautere Stimme! Wir meinen:

Um das Recht junger Menschen auf Mitsprache zu stärken, sollten Jugendliche **ab 16 Jahren** auf allen Ebenen wählen dürfen. Deshalb haben wir GRÜNE auf Landesebene eine Verfassungsänderung angestrebt. Leider wurde diese Reform vor allem durch die CDU-Fraktion im Landtag vehement blockiert.

So haben wir aktuell die absurde Situation, dass 16- und 17-jährige bei der **Europawahl**, die parallel zur **Kommunalwahl** stattfindet, ihre Stimme abgeben dürfen; über ihre unmittelbaren kommunalen Vertreter*innen dürfen sie jedoch nicht mitentscheiden. Dies bedauern wir, denn wir brauchen Jugendliche, die ihr Leben selbst gestalten und über ihre Zukunft mitbestimmen können.

- Unser erklärtes Ziel ist es, Jugendlichen Verantwortung direkt zu übertragen. Im Zuge der Anpassung der **Gemeinde- und Landkreisordnung** haben wir GRÜNE Jugendbeteiligung dort verpflichtend gemacht, wo kommunale Planungen und Vorhaben die Interessen von Jugendlichen berühren. Hierzu gehört auch ein Antragsrecht zur Einrichtung von Jugendvertretungen.
 - Wir wollen, dass die Anregungen aus den **Jugendvertretungen** von der Verwaltung ernst genommen und wohlwollend geprüft werden.
 - Nur mit einem **eigenen Budget** lernen die Jugendlichen **auch**, Verantwortung zu übernehmen - das gilt zu Hause genauso wie in Jugendvertretungen.
 - Ein **Jugendbeteiligungskonzept** ist aus unserer Sicht immer dann gelungen, wenn ein möglichst breites Spektrum an Jugendlichen positive Beteiligungserfahrungen macht.
- Mit der Jugendstrategie "**JES! Jung. Eigenständig. Stark**" unterstützt auch die Landesregierung eine gute Jugendpolitik. Ob bei der Infrastruktur, im Klima- und Umweltschutz, auf dem Arbeitsmarkt, beim Schuldenabbau oder beim Einsatz für eine friedlichere Welt - junge Menschen sollen mitreden, wo es um ihre Zukunft geht.
- Unsere gewählten Vertreter*innen setzen sich in allen Städten und Gemeinden für mehr Räume für Jugendliche ein, im besten Fall als **selbstverwaltete Jugendzentren**.
- Wir wollen mehr Angebote der mobilen **Jugendarbeit**, um auch in dörflichen Gebieten mobile Lösungen in der Jugendarbeit zu schaffen.

KULTUR ERLEBBAR MACHEN

Kultur lebt von vielfältiger **Kreativität** und **Professionalität**. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass Kunst, Kultur und Kulturpädagogik angemessen bezahlt und wertgeschätzt werden.

Auch freischaffende **Künstler*innen** aller Sparten sollen in unserem Landkreis eine auskömmliche und gut vernetzte Arbeitsumgebung finden. Wir möchten freischaffende Künstler*innen ebenso unterstützen wie **Kultureinrichtungen**. Gemeinsam mit vielen ehrenamtlich Aktiven sorgen sie für die große kulturelle Vielfalt in unseren Städten und Dörfern.

Um unsere reiche kulturelle Landschaft zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten, wollen wir uns aktiv an der Umsetzung der Kulturentwicklungsplanung der Landesregierung beteiligen.

- Unser Landkreis soll **ehrenamtliche** Kulturarbeit durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützen.
- In kleinen Gemeinden wie in großen Städten fördern und entwickeln wir **Bibliotheken** und **Gemeinschaftshäuser** als „dritte Orte“ - also niederschwellige Begegnungs- und Erlebnisorte lebendiger demokratischer Kultur.
- Wir setzen uns für **kulturelle Vielfalt** ein; für den Erhalt von Clubs, Ensembles und Vereinen, Spielstätten, Orten der Kino- und Medienkultur, Musikkneipen und soziokulturellen Zentren.
- **Regionale Film-, Theater- und Musikfestivals** schaffen wichtige Gelegenheiten für gemeinschaftliches Erleben von Kultur.
- Wir unterstützen die Förderung experimenteller kultureller Nutzungen im Zuge der Stadt- und **Dorfentwicklung**. Wir fordern, dass die Kommunen Kulturschaffenden bei der Ansiedlung hilft und sie planungsrechtlich vor Verdrängung schützt.
- Wir setzen uns dafür ein, jungen Menschen vielfältige Zugänge zu Kultur zu eröffnen. Wir wollen anregen, dass ein **Kulturpass** für junge Menschen auch bei uns vor Ort kulturelle Teilhabe vereinfacht.
- Wir fordern, auch für Familien, ~~für~~ **mobilitätseingeschränkte** und ältere Menschen Möglichkeiten zu schaffen, die ihnen kulturelle Teilhabe in **Präsenzform** ermöglicht.

- Jede Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen, von der KiTa bis zur Volkshochschule, soll auch der Entwicklung und Pflege einer **demokratischen Alltagskultur** dienen.
- Für unsere offene demokratische Gesellschaft unterstützen wir auch die Schaffung und den Erhalt vielfältiger **Geschichts- und Erinnerungsorte** wie historische Bauten, Denkmäler und Gedenkstätten.

ENERGIE UND WÄRME

RESSOURCEN SCHÜTZEN



Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung endlicher globaler Ressourcen stehen im Mittelpunkt unserer politischen Aktivitäten. Dazu gehört, dass wir GRÜNE auch hier im Landkreis besonders sparsam und überlegt mit der Energie umgehen möchten, die wir jetzt und in Zukunft zum Leben und Wirtschaften so notwendig brauchen.

- „**Entschwenden**“ ist hierfür eine begriffliche Neuschöpfung - es bedeutet zum Beispiel: mit weniger Energie in einer genauso warmen und gemütlichen Wohnung leben wie vorher. Das geht tatsächlich! Die technischen Maßnahmen sind sogar relativ einfach:
 - Bereits der hydraulische Abgleich der Heizkörper und die anschließende Absenkung der Vorlauftemperatur bringen eine erhebliche Ersparnis.
 - Zusätzlich kann die Raumtemperatur durch eine automatische Steuerung (Stichwort: Smart-Home) abgesenkt werden für Zeiträume, in denen niemand zuhause ist.
- Solche „schmerzlosen“ Maßnahmen sind lokal ein großer Hebel für den Klimaschutz, denn es ist in der Praxis oft viel einfacher, den **Energieumsatz zu reduzieren** als neue regenerative Energiequellen herzustellen.

ENERGIEWENDE BESCHLEUNIGEN

Eine entschlossene, dezentrale Energiewende ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll: für unsere Kommunen, für jeden privaten Haushalt und für die Wirtschaftsunternehmen. Die Ausgangslage: Rund **eine Milliarde Euro** gibt der Landkreis jedes Jahr aus, um Energie zu importieren. Den größten Anteil machen dabei die fossilen Energieträger aus, allen voran **Erdgas, Benzin und Diesel**. Weniger als 10% des Gesamtbedarfs werden lokal produziert. Wir GRÜNE wollen die

Wertschöpfung vor Ort stärken, den Import reduzieren und so langfristig eine bessere Versorgungssicherheit gewährleisten. Folgende Maßnahmen sind aus unserer Sicht zielführend:

- Wir wollen die regionale **Energiezelle Landkreis Mainz-Bingen** verwirklichen. Hierzu helfen uns die Fördermittel aus dem Landesprogramm KIPKI für den Start des Konzeptes. Eine spätere Erweiterung auf den gesamten Bereich Rheinhessen sehen wir positiv.
- Uns ist es wichtig, die Anreize (Förderung) für **energetische Sanierungen** fortzusetzen.

- Die **Wärmeplanung** der Kommunen wollen wir unterstützen und somit Planungs- und Investitionssicherheit für Bürger*innen und Unternehmen schaffen. Hier sind Stadt- und Gemeindewerke perfekte Partner für die dezentrale Energiewende. Dabei wollen wir Bürger*innen durch Anlaufstellen und direkte Beratung für die Wärmewende im Eigenheim unterstützen.
- Wir wollen **Bürgerenergiegenossenschaften** bei ihrer Gründung unterstützen. Sie können bei der lokalen kommunalen Energiewende wichtige Partner der Kommunen werden.
- Anhand des Solarkatasters wollen wir alle Hausbesitzenden informieren, wo es sich am meisten lohnt, eine Photovoltaik-Anlage oder ein Balkonkraftwerk zu installieren.
- Wir stimmen uns im Rahmen der **Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe** für den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit unseren Partner*innen in der Region ab und befürworten eine notwendige und ausgewogene Flächenausweisung für Windkraft, Agri- und Freiflächen-Photovoltaik.
- Wir wollen, dass die Kommunen hier eine Vorbildfunktion übernehmen und ihre eigenen Gebäude klimaneutral sanieren.

Für diese Arbeit sind folgende Dinge wichtig:

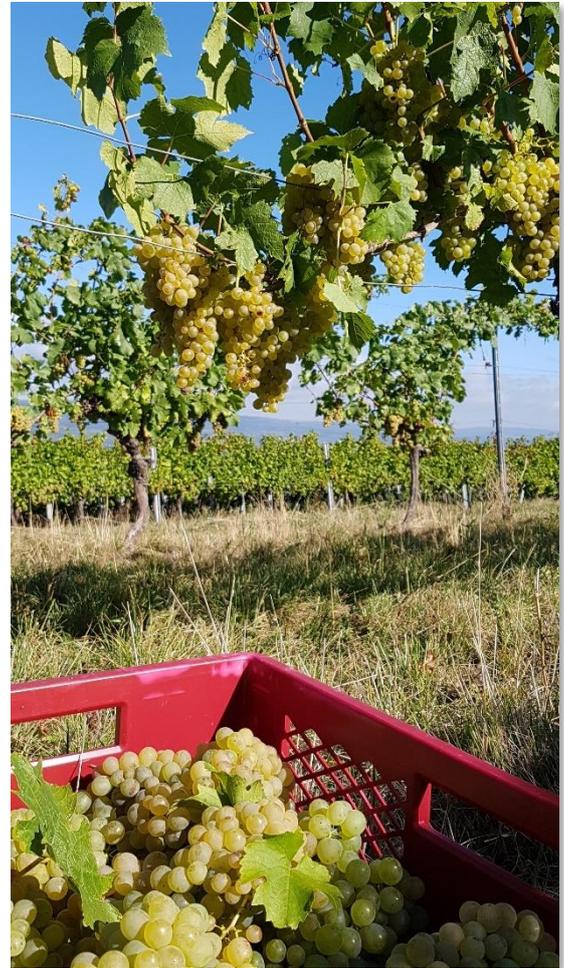
- Gute **Handwerksbetriebe** sind entscheidend für die Umsetzung der Wärmewende. Wir setzen uns für die Förderung von Praktikums-Angeboten, Lehrgängen und Meister-Stipendien ein, damit erfahrene und neue Handwerker*innen sich kontinuierlich weiterqualifizieren können.
- Wir wollen das Umwelt- und Energie-Beratungszentrum (**UEBZ**) als zentrale Stelle für die Energiewende stärken und seine Vernetzung mit anderen Beratungsstellen unterstützen.
- Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des **Klimamasterplans** im Landkreis ein. Dafür braucht es weitere Investitionen und die Zusammenarbeit mit allen Kommunen im Kreisgebiet.

LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN UND VERÄNDERN

Wir GRÜNE streben eine Landwirtschaft an, die weitgehend im Einklang mit der Natur arbeitet, Tiere respektvoll behandelt, Bäuerinnen und Bauern, Winzerinnen und Winzern ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht, das Grundwasser schützt und uns mit hochwertigen Lebens- und Genussmitteln versorgt.

- Unsere besondere rheinhessische **Kulturlandschaft**, mit ihrer Mischung aus Acker-, Obst- und Weinbau wollen wir **erhalten und ökologisch aufwerten**, z.B. durch mehr Gehölze und Blühflächen.
- Wir treten ein für eine **Förderung der ökologischen und regionalen Landwirtschaft** und unterstützen die Vermarktung unserer regionalen landwirtschaftlichen Produkte, z.B. durch Wochenmärkte und Dorfläden sowie deren vermehrte Verwendung in der KiTa- und Schulverpflegung.
- Wir fördern **Saatgutbörsen** und den **Anbau von alten Obst- und Gemüsesorten** durch „Märkte der Vielfalt“ und durch Projekte der „Essbaren Stadt“, bei der gezielt Obst und Gemüse von Bürger*innen auf öffentlichen Grünflächen angebaut werden.
- Natur- und Klimaschutz vor Ort kann nur **gemeinsam** gelingen. Den regelmäßigen informellen **Austausch von Politik, Land- und Forstwirtschaft, Weinbau und Jagd** möchten wir fördern, um bestehende Konflikte mit dem Umwelt- und Naturschutz zu behandeln. Hierzu müssen geeignete Gesprächsformate und Kommunikationswege gefunden werden.
- Wir setzen uns ein für innovative Formen einer **Klima-Landwirtschaft**. Beispiele sind:
 - Agro- und Viti-Forsten als Mischnutzungen von Baum-, Strauch-, Reben-, und Feldstrukturen.
 - Agri-PV als Mischnutzung von **Photovoltaik** mit Landwirtschaft.
 - Keyline-Bewirtschaftungssysteme zur besseren Speicherung von Wasser in der Landschaft.
 - Regenerative Landwirtschaft für verstärkten **Humusaufbau** und Zwischenkulturen.
- Weiter Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels sind:
 - Verbesserter **Starkregen- und Grundwasserschutz**,
 - **Winderosionsschutz und Mikroklimaverbesserung** dank Kaltluftentstehung,
 - Höhere **Biodiversität** in den Kulturflächen,
 - eine **klima-resiliente Landwirtschaft** mit **regionaler Lebensmittelversorgung**,
 - Humusaufbau zur **CO₂-Speicherung** sowie Ausbau Erneuerbarer Energien.
- Naturschutz- wie auch Natura-2000-Flächen sind die grünen Lungen unseres Landkreises und wirken dem Artensterben bereits heute entgegen.
 - Wir unterstützen die **Ausweitung** dieser Naturschutz-Flächen im Dialog mit der Landwirtschaft und den Naturschutzverbänden. Hierfür kann als Plattform der Dialogprozess „**Schulterschluss Artenvielfalt**“ dienen.



MEHR FLÄCHEN RENATURIEREN

Auch in Rheinland-Pfalz müssen wir in der kommenden Wahlperiode damit beginnen, größere Flächen zu renaturieren. Zum Schutz der Biosphäre notwendig sind laut EU-Vorgaben 20 Prozent der Gesamtfläche. Hierzu muss auch unser Landkreis einen angemessenen Beitrag leisten.

Wir GRÜNE unterstützen die **Entsiegelung und Wiederbewaldung** von Flächen aus Siedlungsgebieten und Landwirtschaft im Dialog mit den Eigentümer*innen und Nutzer*innen. Landwirtschaftlich **hochwertige Flächen** sollten aber als solche erhalten bleiben.

- Auch die Umnutzung vom „Eh-Da-Flächen“ in den Gemeinden und Städten zu Blühwiesen, Gehölz- und Biotopflächen leistet einen Beitrag zur Stärkung der **Biodiversität**. Zur Umsetzung können, neben Patenschaften durch Bürger*innen, auch finanzielle Förderungen im Rahmen des Landesprogramms „**Aktion Grün**“ genutzt werden. Gutes Essen, gutes Wasser



Wir wollen, dass unsere Kinder in KiTa und Schulen jeden Tag eine gesunde Ernährung erhalten. Die Versorgung mit ökologisch angebauten, saisonalen und regional erzeugten Lebensmitteln wollen wir verbessern und unterstützen entsprechende Programme und Projekte in KiTa und Schulen. Dies gilt natürlich ebenso für Erwachsene und speziell für unsere Senior*innen, sofern sie gemeinschaftlich gepflegt werden.

- Wir wollen mehr nachhaltig erzeugte und gesunde Lebensmittel aus der regionalen und ökologischen Landwirtschaft in der **Gemeinschaftsverpflegung** verwenden.
- Wir werden das Thema **Lebensmittelverschwendung** bewusster machen und unterstützen dadurch Aktivitäten wie Foodsharing, Fairteiler oder „EssensRetter“.
- Wir setzen uns für die Einrichtung und Unterstützung von KiTa-, Schul-, Generations- und Integrationsgärten ein und rufen dafür die Mittel der „Aktion Grün“ ab.
- Pädagogische Aktivitäten, wie Bienen-Schulungen oder gemeinschaftliches Kochen, ergänzen sinnvoll die Konzepte von Schulgärten und gesunder Verpflegung.

Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Daher wird das Thema **Wasserversorgung** in unserer Region immer wichtiger. Die Grundwasserneubildung ist in den vergangenen 20 Jahren um 25 % zurückgegangen.



Zunehmende Dürren trocknen unsere Böden aus und führen dazu, dass immer weniger Wasser zur Grundwasserneubildung zur Verfügung steht.

- Der Nitrat-Gehalt unseres **Grund- und Brunnenwassers** ist vielerorts weiterhin zu hoch. Die Landwirtschaft kann und soll durch die weitere Reduktion der Düngemittelmengen entscheidend zu einer Qualitätsverbesserung beitragen.
- Die **Entnahmemengen** von Grundwasser zur **Beregnung von Flächen** in der Landwirtschaft werden zukünftig abnehmen müssen. Eine unbegrenzte und kostenlose Entnahme ist nicht mehr zu verantworten.

- Mit der Einführung des **Wassercent für große Entnahmemengen** ab 2024 ist ein erster Schritt in Richtung **Verbrauchsabgaben** getan. Es fehlt hierzu aber noch an wirksamen Kontrollverfahren für die Entnahme.

Wir wollen unsere Gemeinden fit und handlungsfähig trotz Klimaveränderungen halten. Dazu gehört eine kluge Vorsorge und moderner **Schutz vor Extremwetterereignissen**, ob Hochwasser oder Starkregen, ob Hitze oder Dürre.

- Die **Niedrigwasserphasen des Rheins** werden durch den Klimawandel häufiger und intensiver.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass die wirtschaftliche Bedeutung von Wasserstraßen durch Schiffe mit weniger Emissionen und der passenden Bauart (z.B. weniger Tiefgang) gesichert wird. Hierfür soll sich, speziell für den Rhein, auch unsere Kreisverwaltung bei den übergeordneten Behörden einsetzen.
 - Die geplante Rheinvertiefung zwischen Budenheim und Koblenz sehen wir aus Gründen der Umweltverträglichkeit sehr kritisch.



- Wir unterstützen die Kommunen bei Maßnahmen zur **Klimafolgenanpassung** durch Koordination und Kommunikation.
- **Flächenentsiegelungen** sorgen dafür, dass mehr Regenwasser versickern kann. Diese wollen wir fördern und somit die Flächennutzung ökologisch neugestalten. Der Grundwasserspiegel darf nicht weiter absinken.
 - **Hochwasser-** und **Starkregenschutzkonzepte** müssen flächendeckend entwickelt werden. Bereits vorhandene Konzepte sollten anhand des Klimawandels überarbeitet werden.

REGIONALE WIRTSCHAFT UND KOMMUNALE FINANZEN

WIRTSCHAFT NACHHALTIGER MACHEN

Wirtschaftlicher Erfolg bedeutet für uns viel mehr als nur laufende Ertragssteigerung und Profit-Maximierung für Wenige. Wir GRÜNE sind uns bewusst:

Ohne intakte und dynamische Wirtschaft sind alle Maßnahmen und Bemühungen um soziales Miteinander, ausgeglichene **Ökosysteme** und gegen den Klimawandel nicht umsetzbar. Unser Landkreis geht zukunftsicher durch die kommende sozial-ökologische Transformation - das verstehen wir unter #GrünWirtschaften. Ziele auf oberster Ebene sind:

- Die **Transformation** hin zu klimaneutralem und sozialverträglichem Wirtschaften begleiten.
- Die **Versorgung** der Bevölkerung **absichern**; Notlagen durch **Prävention** entgegenwirken.
- Wirtschaftliche **Widerstandsfähigkeit** gegen Krisen **erhöhen**; kritische Strukturen stärken.

DEN STANDORT FÖRDERN

Wir GRÜNE verstehen Wirtschaften als festen Bestandteil einer ressourcenschonenden und verantwortlichen Gesellschaft. Hierzu fordern und fördern wir Konzepte der nachhaltigen Beschaffung und der Shared-Economy, eine rohstoffschonende **Kreislaufwirtschaft** und eine bessere kommunale Selbstversorgung.

Handlungsoptionen für eine Förderung der Wirtschaft in unserem Landkreis sind daher:

- Konzepte und Maßnahmen zur Nutzung von Abwärme, Wärmeinseln sowie PV- und Windkraftanlagen fördern und Energie-Importe reduzieren.
- Die Energiewirtschaft weiter regionalisieren und **kommunalisieren**.
- Kommunale **Energiezellen** erhöhen die Wertschöpfung vor Ort und reduzieren den Bedarf an fossilen Quellen.
- **Nachhaltige und ökologische Investitionen** gezielt lenken und steuern (z.B. PV auf allen gewerblichen und kommunalen Dachflächen) durch Satzungen, Abgaben und Förderprogramme.
- Die nationale **Kreislaufstrategie** unterstützen: Wir sind nur ein kleiner Teil des Ganzen.
- Neue Angebote für eine **wohnortnähere Versorgung** schaffen.
- Ein effektives **Mobilitätsmanagement** schont Ressourcen und hilft den Betrieben.
- Die **Digitalisierung** voranbringen:
 - Flächendeckender **Glasfaserausbau**, keine weißen Flecken in Ortslagen.
 - Bürokratische Hürden abbauen; Online-Zugangsgesetz umsetzen.
 - Kapazitäten in den IT-Abteilungen in den Verwaltungen nach Bedarf erhöhen.
- Komplexität von **Verwaltungsprozessen** verkleinern:
 - Leichter zugängliche Anträge und Handreichungen; Umlaufzeiten verkürzen.
 - Bürgerfreundlicher werden: Infos bündeln und beteiligte Abteilungen vernetzen.

AUSBILDUNG STÄRKEN & FACHKRÄFTE WERBEN

Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt sind auch hier in unserem Landkreis spürbar: Wachsender **Fachkräftemangel** und dauerhaft höhere Energiepreise müssen bewältigt werden. Den Landkreis Mainz-Bingen wollen wir als starken Standort am Rand der Metropolregion Rhein-Main gezielt weiterentwickeln.

Unsere Unternehmen müssen sich hierfür auch personell nachhaltig und zukunftsfest aufstellen. Deswegen wollen wir Anreize bieten, damit Arbeitskräfte gern ins stadtnahe Umland ziehen und dauerhaft bleiben sowie den **Zuzug von ausländischen Fachkräften fördern** und lenken.

- **Berufliche Bildung sicherstellen** und Fachkräftemangel mindern durch die Förderung von dualen Studienplätzen im Ausbildungsverbund mit dem Landkreis als Schulträger, den ansässigen Unternehmen sowie Handwerkskammer (HWK) und Industrie- und Handelskammer (IHK).
- Neue Bildungsangebote fördern durch engere **Kooperationen mit Schulen und Hochschulen**. Denn gute Schulen lehren heute, was Handwerk, Handel und Industrie morgen benötigen.
- **Anerkennung von ausländischen Qualifikationen/Abschlüssen** beschleunigen und vereinfachen; insbesondere bei Mangelberufen. Bei Minderqualifikation auch „on-the-job“ Nachschulungen ermöglichen und anbieten.
- **Unternehmensgründungen/ Start-ups fördern** durch den Aufbau von Gründungs- und Technologiezentren (Inkubator), besonders in zukunftsfähigen Themen (Life-Sciences, Künstliche Intelligenz, Umwelttechnik)
- Bessere Förderung und **Unterstützung von Migrant*innen bei Existenz-Gründungen** und beim Zugang zum Arbeitsmarkt.
- **Faire Beschäftigung benachteiligter Personen** sowohl im ersten Arbeitsmarkt wie auch in Zusammenarbeit mit sozialen Trägerorganisationen.
- **Unterstützung von Erwachsenenbildung** (u.a. Weiterbildungszentren (WBZ) Kreisvolkshochschule (KVHS)), Jugendberufsagentur und Jobcentern.
- **Gründungsberatung und ein Gründungsfonds** für junge Unternehmen; hierzu gehört auch: Kooperation mit (Technischen-)Hochschulen und den Kammern.

ÖFFENTLICHE FINANZEN

Kommunale Ausgaben sollen stets dem Gemeinwohl dienen. Dabei stellen auch sie einen nicht unerheblichen Teil der Wirtschaftsleistung dar. Für uns GRÜNE ist klar: Auch das öffentliche Wirtschaften muss **Sozial-, Klima- und Umweltziele** beachten und der sogenannten Daseinsvorsorge generationsübergreifend dienen.

Hieraus ergeben sich eine Reihe von Forderungen, die bei der Aufstellung der kommunalen Haushaltspläne aus GRÜNER Sicht unbedingt zu beachten sind:

- Einnahmequellen, allen voran Steuern und Abgaben, müssen den festgestellten Bedarf abdecken und sollen deshalb regelmäßig angepasst werden. Dies gilt von den Parkgebühren in den Zentren bis hin zur Grundsteuer für Häuser und Gewerbeflächen. Grundsatz ist: Steuern sind auskömmlich zu heben.
- Dennoch gilt: Die Ausgaben, insbesondere bei der Kreisverwaltung, müssen sinnvoll begrenzt werden. Der Raumbedarf, die Personalstärke und damit die Kosten der Verwaltung sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Dies widerspricht augenscheinlich dem Ziel des Bürokratie-Abbaus und einer schlanken und bürgerfreundlichen Verwaltung.
- Übergeordnete Körperschaften, wie Verbandsgemeinden, Landkreise und Zweckverbände, haben in ihrem Bereich und in ihren Aufgabenbereichen eine wichtige Koordinations- und Ausgleichsfunktion.
 - Kommunale Umlagen dienen daher auch der Umverteilung mit dem Ziel einheitlicher Lebensbedingungen und zur Unterstützung der Aufgaben ihrer Mitglieder-Kommunen.
 - Es ist daher ein wichtiges Ziel, die Umlagen zu minimieren. Aber ihre Erhebung muss auch ein wirtschaftliches und zweckmäßige Handeln der erhebenden Körperschaft ermöglichen.
- Sperrungen der Finanzhaushalte aufgrund fehlerhafter Aufstellung von Haushaltsplänen sind nicht akzeptabel. Hier sind alle Verwaltungen in der Pflicht.
- Weitere Kreditaufnahmen sollen die Ausnahme bleiben. Neue Kredite können vor allem zur Finanzierung herausragender Investitionen sinnvoll und notwendig sein. Beispiele hierfür sind Leuchtturmprojekte im Klimaschutz oder das Entstehen neuer Bildungseinrichtungen.
- Wirtschaftsbetriebe und Verbände, wie Abwasser- oder Müll-Entsorgung, sollen ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig, also dauerhaft und werterhaltend betrieben werden. Die erhobenen Gebühren dienen somit auch der Schaffung und des Erhalts von Bestehendem.
- **Kapitalrücklagen** (geparktes, noch nicht reinvestiertes Geld) müssen verantwortungsvoll und vorausschauend gebildet werden; ethische und ökologische Grundsätze sind dabei zu beachten.
- Kommunale Gebäude binden langfristig große Kapital-Ressourcen. Besonders bei größeren **Bauprojekten** muss es daher Folgekostenabschätzungen geben. Dabei geht es um die finanziellen Belastungen (Baukosten und Zinsen) und die laufenden Betriebskosten (Energie und Instandhaltung), aber ebenso um die Berücksichtigung von Rückbau und Wiederverwertung der eingesetzten Baustoffe. Der Fokus soll auf einem kreislauffähigen Bauen liegen.

